

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Thomas Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden)

Änderungsantrag zu PRO-5

Von Zeile 197 bis 198 einfügen:

führend. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land stärker an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligt sind und sich einbringen können. Dazu müssen sie in erster Linie Informiert sein. Insbesondere müssen sie über das Handeln der Verwaltung informiert sein, denn Verwaltungshandeln betrifft uns alle. Deshalb muss es auch für alle transparent nachvollziehbar sein. Jeder Bürger hat das Recht, zu erfahren, wie und mit welcher Begründung Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung zustande kommen. Die Auskunftsansprüche, die unter anderem im Informationsfreiheitsgesetz geregelt sind, sind kompliziert und für Bürger*innen und die Verwaltung zeitaufwendig gestaltet. Wir wollen ein Transparenzgesetz mit einem Transparenzportal umsetzen, in dem die Informationen der Verwaltung laufend digital gesammelt und Bürger*innen und dem öffentlichen Dienst kostenfrei, barrierefrei und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden können, die nicht einem besonderen Geheimhaltungsbedürfnis unterliegen. Die Datensammlung kann auch in Anonymisierung Form zu Trainingszwecken für künstliche Intelligenzen genutzt werden.

Begründung

Die Weiterentwicklung des IFG scheiterte in dieser Legislatur daran, dass sie im Innenministerium und aus den kommunalen Spitzenverbänden heraus verzögert wurde. Dabei kann gerade mehr Transparenz zu einer Beschleunigung des Verwaltungshandelns führen. Zum einen entlastet ein Transparenzportal die Verwaltung von der Beantwortung von Anfragen von Bürger*innen. Es bietet eine Sammlung praxisbezogener Anwendungsfälle, die Sachbearbeitenden in den Verwaltungen einen schnellen Überblick über vergleichbare Fallgestaltungen verschaffen. Und es stellt einen fachbezogenen Verwaltungspool zum Training künstlicher Intelligenz zur Verfügung. Zu einem modernen digitalen Staatswesen gehört aber ein leichter Zugang zu den notwendigen Daten. Das muss -wie schon in PLP; HH; SWH und Sachsen endlich realisiert werden.

Unterstützer*innen

Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Hendrik Alkemade (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Merlin Seeling (KV Aalen-Ellwangen); Stefan Hubertus (KV Rastatt/Baden-Baden); Tabea Hirt (KV Stuttgart); Till Westermayer (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Richard Langer (KV Tübingen); Julia Ehrhardt (KV Ludwigsburg); Dieter Köhler (KV Rastatt/Baden-Baden); Fynn Rubehn (KV Böblingen); Moritz Fritz (KV Emmendingen); Maurice Matthias Jerome Rößler (KV

Zollernalb); Mersad Rekic (KV Stuttgart); Birgit Gerhard-Hentschel (KV Rastatt/Baden-Baden); Ute Kratzmeier (KV Karlsruhe-Land); Philip Singer (KV Stuttgart); Axel Wunsch (KV Rastatt/Baden-Baden); Silvia Alles (KV Rastatt/Baden-Baden)